

Positionspapier 12-26-2

**POSITIONSPAPIER DES BUNDESFACHAUSSCHUSSES GE-
SUNDHEIT, PFLEGE UND SPORT:
Zur Debatte um Lohnfortzahlung, Fehlzeiten und Miss-
brauchsbekämpfung**

Die aktuelle Diskussion über steigende Fehlzeiten und die Forderung nach einer pauschalen Begrenzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall greift aus Sicht von BÜNDNIS DEUTSCHLAND zu kurz und setzt an der falschen Stelle an.

1. Soziale Marktwirtschaft bedeutet Schutz vor existenziellen Risiken – keine Vollkasko mentalität

In der Sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard ist Krankheit ein abzuschließendes Lebensrisiko, kein individuelles Versagen. Wer ernsthaft erkrankt, darf nicht in finanzielle Unsicherheit gedrängt werden. Eine pauschale Deckelung der Lohnfortzahlung auf sechs Wochen pro Jahr würde insbesondere chronisch Kranke, ältere Beschäftigte und Menschen in körperlich oder psychisch belastenden Berufen treffen – ohne Missbrauch wirksam zu verhindern.

Zudem handelt es sich bei einer solchen Jahreskappung nicht um eine echte Entlastung des Systems, sondern lediglich um eine Kostenverlagerung von Arbeitgebern zu Krankenkassen und Beitragszahlern. Steigende Krankengeldzahlungen würden zwangsläufig zu höheren Beiträgen führen – zulasten von Arbeitnehmern, Mittelstand und Wirtschaft.

2. Missbrauch entsteht vor allem bei Kurzzeiterkrankungen – nicht bei Langzeiterkrankten

Die Datenlage zeigt: Fehlanreize und Missbrauch konzentrieren sich vor allem auf kurze Krankheitsphasen, nicht auf schwere oder länger andauernde Erkrankungen. Wer hier pauschal kürzt, bestraft die Falschen.

Aus Sicht von BÜNDNIS DEUTSCHLAND ist daher ein anderer Ansatz ordnungspolitisch sinnvoller und sozial ausgewogener:

3. Karenztage statt pauschaler Kürzungen

Statt die Lohnfortzahlung insgesamt zu begrenzen, spricht sich BÜNDNIS DEUTSCHLAND für die Einführung von Karenztagen zu Beginn einer Erkrankung aus – etwa die ersten ein bis drei Tage ohne Lohnfortzahlung.

Dieses Modell:

- setzt Eigenverantwortung genau dort an, wo Missbrauch stattfindet,
- schützt Beschäftigte bei echter, längerer Krankheit weiterhin vollständig,
- verhindert unnötige Arztkontakte bei Bagatellfällen,

- stärkt Kostenwahrheit ohne soziale Härten.

Wer nur kurz „krankfehlt“, übernimmt Verantwortung.
Wer wirklich krank ist, bleibt abgesichert.

4. Freiheit braucht Verantwortung – auf beiden Seiten

Ein freiheitliches Gesundheitssystem lebt nicht von Misstrauen, sondern von klaren Regeln:

- **Arbeitnehmer** tragen Verantwortung für den verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Sicherungssystemen.
- **Arbeitgeber** tragen Verantwortung für gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen und Prävention.
- **Der Staat** setzt den Ordnungsrahmen, statt mit pauschalen Eingriffen Vertrauen zu zerstören.

Karenztage sind ein Instrument der Ordnungspolitik – keine Sanktion, kein Generalverdacht.

5. Flankierende Maßnahmen sind entscheidend

Damit ein solches Modell sozial tragfähig bleibt, sind Ausnahmen und Differenzierungen notwendig, etwa für:

- schwere und chronische Erkrankungen,
- Arbeitsunfälle,
- besondere Schutzgruppen.

Tarifliche Regelungen und betriebliche Zusatzabsicherungen können und sollen ergänzend wirken.

6. Fazit

BÜNDNIS DEUTSCHLAND lehnt pauschale Kürzungen der Lohnfortzahlung ab. Sie widersprechen dem Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft und verlagern Kosten, statt Probleme zu lösen.

Karenztage zu Beginn einer Erkrankung sind der bessere, freiheitlichere und sozial ausgewogenere Weg, um Missbrauch zu begrenzen, ohne Krankheit zu bestrafen.

Sozial ist nicht, was alles absichert.

Sozial ist, was Verantwortung ermöglicht und echte Risiken schützt.

Bundesausschuss 12 (Gesundheit, Pflege und Sport)

Birgit Ruder, Leiterin, BFA 12 | 18.02.2026

www.buendnis-deutschland.de | bfa12@buendnis-deutschland.de